

370 000 Besucher bislang beim Hessentag

LANGENSELBOLD (dpa). Bis zur Hälfte des zehntägigen Hessentags sind rund 370 000 Besucher nach Langenselbold gekommen. Nach 40 000 Besuchern am Montag rechneten die Organisatoren laut Mitteilung im Verlauf des Dienstag mit weiteren 60 000 Besuchern. Der Sprecher der hessischen Landesregierung, Dirk Metz, zeigte sich beeindruckt: „Der Hessentag hat sich auch in Langenselbold als Besuchermagnet erwiesen.“ Zu Deutschlands größtem Landesfest seien bislang Gäste aus dem ganzen Land gekommen. Rund 1 000 Veranstaltungen sind bis zum 14. Juni geplant. Bis zu eine Million Besucher werden insgesamt erwartet. Musikalische Höhepunkte waren an den ersten fünf Tagen das Open-Air-Konzert von Peter Maffay mit rund 12 000 Zuhörern sowie die Planetradio-Party. Anziehungspunkte sind auch die Hessentagsstraße, das Weindorf im Schlosspark und der HR-Treff.

Das wenig sommerliche Wetter bleibt den Organisatoren vorerst erhalten. „Mein banger Blick gilt jedem Tag dem Wetterbericht. Man kann alles organisieren, aber das Wetter leider nicht“, sagte der Hessentags-Beauftragte der hessischen Landesregierung, Heinrich Kaletsch. Gestern konnten die Besucher den Politikern auf die Finger schauen. Die Fraktionen des hessischen Landtags luden zu teilweise öffentlichen Sitzungen ein.

„Reamonn“ und Festzug

Auf dem Programm für die zweite Hessentagshälfte stehen unter anderem die Auftritte der „Toten Hosen“ am Donnerstag und von „Reamonn“ am Sonntag sowie die Flugshow von Hitradio FFH am Samstag. Am Freitag kommt zudem das gesamte Hessische Kabinett zu einer Sitzung in der Hessentagsstadt zusammen. Am Sonntag zieht der Festzug durch die Stadt, der mit 1133 Musikanten, 70 Motivwagen, 50 Pferden und 733 Trachtenträgern eine Länge von rund elf Kilometern hat.

Hessen-SPD für NPD-Verbot

LANGENSELBOLD (dpa). Die hessische SPD macht sich erneut für ein Verbot der rechts-extremistischen NPD stark. Die Landtagsfraktion der Sozialdemokraten beschloss gestern auf dem Hessentag in Langenselbold einen Antrag für die kommende Plenarsitzung. „Es gibt genügend Anhaltspunkte dafür, dass die NPD unsere demokratische Grundordnung aggressiv bekämpft, deshalb halten wir ein neues Verbotungsverfahren für erforderlich“, erklärte die Abgeordnete Nancy Faeser. Das letzte Verbotungsverfahren gegen die NPD war 2003 gescheitert, weil in der Partei viele Informanten des Verfassungsschutzes aktiv waren.

Geldautomat aufgeschweißt

FRANKFURT (dpa). Unbekannte haben in Frankfurt einen Geldautomaten aufgeschweißt und daraus rund 55 000 Euro geraubt. Sie hebelten in der Nacht zum Dienstag mit brachialer Gewalt den Hintereingang eines Hauses auf und gelangten so an den Geldautomaten in einer Gaststätte, wie die Polizei berichtete. Nachdem sie die Telefonleitung des Automaten durchtrennt hatten, schweißten sie ihn auf und nahmen das Geld heraus. Die Polizei bezifferte den Schaden auf 15 000 Euro.

Was kam im Wettbüro zur Sprache?

EISDIELEN-MORDE Wichtiger Zeuge bleibt trotz Antrags unvereidigt/Prozess um Rüsselsheimer Bluttat

Von
Claus Langkammer

DARMSTADT. Hundegebell dringt aus dem Käfig des Polizeifahrzeugs. Gefletschte Zähne schimmern. Unverändert stark ist die Anwesenheit der Sicherheitskräfte. Unaufhörlich piepsen an der Pforte die Sonden. Und der Prozess um die drei Ermordeten von Rüsselsheim mit einem bizarren Gewirr von Vor-, Spitz- und Zunamen hat am gestrigen dritten Verhandlungstag seinen ersten unglaubwürdigen Zeugen.

Einem der Anwälte der Familie E. kommt die Aussage des jungen Mannes summa summarum vor, als sage er über ein dem Mordgeschehen vorgelagertes Treffen in einem Rüsselsheimer Wettbüro alles, nur eben nicht die Wahrheit. Der Vorsitzende der 11. Strafkammer, Richter Volker Wagner, ebenso scharfzüngiger Frager wie gelegentlich auch ein wenig salopper Durchwinker von Zeugenaufritten, lehnt den Antrag auf Vereidigung des Mannes allerdings ab.

Dieses Treffen einen Tag nach Türsteher-Ehrverletzun-

gen in Mainz, wo es mit Messern im Hosenbund zwischen Angehörigen der Familien E. und K. zur Sache gegangen ist, gilt den E.-Anwälten als mentale Verdichtung für die Mordtat drei Tage später im Eiscafé „De Rocco“. Den Zeugen umgibt mithin sogar das Flair, Auslöser für das Geschehen vom 12. August vergangenen Jahres gewesen sein zu können. Alte Rechnungen haben offengestanden. Es klingt an, dass er für einen der E.-Angeklagten gearbeitet hat, nach einem Streit aber nach Hause geschickt worden sei. Mehr noch:

Vor einem Jahr sollen Vertreter des E.-Clans diesen Zeugen derart zugerichtet haben, dass er um sein Leben gebangt hat. Das Rüsselsheimer Treffen, so die freilich angezeifelte Quintessenz, habe dazu gedient, guten Willens darüber zu beraten, wie derartige Ehrverletzungen künftighin vermieden werden können.

Auch dieser junge Mann gehört in der Reihe der Zeugen zu jenen Vertretern durchaus etwas pampiger Dialogführungen, die man sich wie folgt vorstellen muss. Richter: „Was hat er gesagt?“ Zeuge: „Was

soll er gesagt haben?“ Richter: „Das frage ich Sie.“ Oder auch: „Ich weiß nicht, was Sie von mir wollen.“ Richter: „Man muss sich hier so viel gefallen lassen, da kommt es darauf auch nicht mehr an.“ Richter: „Von was hat er gelebt?“ Zeuge: „Von deutschen Euro. Wie ich auch.“ Richter: „Davon verdiene ich viel zu wenig. Deshalb will der sozialneidische Vorsitzende wissen, ob der K. einen Maserati gefahren hat.“ Es erweist sich, dass sowohl der Zeuge, ein Bauunternehmer, als auch der Angeklagte K. Maserati-Fahrer sind. Der Bau-

unternehmer hat ein Verfahren wegen Geldwäsche am Hals, weshalb ein Anwalt den Antrag zur beratenden Beordnung seiner selbst während der Aussage stellt. Da läuft der Vorsitzende wieder zur Hochform auf: „Wenn ich hier auch noch Geldwäsche zu klären hätte, würde ich gleich aus dem Fenster springen. Es ist schlimm genug, was wir hier aufzuklären haben.“

Mehr dazu unter
www.allgemeine-zeitung.de/nachrichten/vermishtes



Geplante Rheinbrücke – Umweltschützer wenden sich an Unesco

Im Streit um die geplante Rheinbrücke im Tal der Loreley (hier eine Computer-Animation) hat sich der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) an die Unesco gewandt. In dem Schreiben betonen die Umweltschützer vor allem die Bedeutung der

Fähren für den Mittelrhein. „Sie sind ein zentraler Punkt des Weltkulturerbes und müssen erhalten bleiben“, erklärte der BUND-Landesvorsitzende Bernhard Braun. Der Bau einer Brücke sei daher nicht nur aus Naturschutzgründen abzulehnen –

er gefährde auch die Existenz mehrerer Fährverbindungen. Die Umweltschutzorganisation BUND fordert, die Fähren im Werber Oberes Mittelrheintal zum Bestandteil der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur zu machen. Archivfoto: dpa

Uhrensammler und Zeitdiebe

WISSEN Neues extra-Heft zum Thema Zeit

Von
Eva Fauth

MAINZ. Zeit ist wertvoll – in jeder Hinsicht. Es gibt Uhren, für die Sammler sechsstelligen Summen zahlen und die deshalb meist nur in Tresoren ticken. „Meister Buse“ gehört zu den wenigen, die diese wertvollen Stücke in die Hand nehmen dürfen. Peter-Jesko Buse ist der letzte selbstständige Uhrmachermeister in Mainz und gilt als Experte für schwierige Fälle. Nicht nur Sammler, auch Kollegen aus ganz Deutschland vertrauen auf sein Können.

Wertvoller als die teuerste Uhr der Welt ist die Lebenszeit – denn Zeit ist nicht nur unersetzbar, sie verinnt auch unwiederbringlich. Nicht nur in Michael Endes Kinderbuch-Klassiker „Momo“ sind die Grauen Männer darauf aus, den Menschen die Zeit zu stehlen, auch im Alltag schleichen sich die Zeitdiebe ein. In einer Gesellschaft, in der alles immer schneller wird, beruflicher Stress zum Alltag gehört und sogar das Familienleben meist einem perfekten Zeitmanagement unterliegt, stellt sich manch einer die Frage: Wo ist eigentlich die Zeit geblieben? Um Zeit dreht sich auch das neue Heft extra Wissen, das heute dieser Zeitung beiliegt. Lothar Seiwert, Deutschlands Zeitmanager Nummer eins, verrät, wie man den Zeitdieben in seinem Leben auf die Schliche kommen kann und wie man mehr Zeit für sich selbst gewinnen kann – durch gutes Zeitmanagement nämlich.

extra Wissen beleuchtet die Geschichte der Zeitmessung

extra WISSEN

von der Sand- und Sonnenuhr bis hin zur Atomuhr; Kruschel, das Zeitungsmonster für Kinder, erklärt, was es mit der Sommerzeit und den weltweiten Zeitzeonen auf sich hat; im extra-Quiz kann jeder sein Wissen über Zeit testen. Wer weiß beispielsweise, was die „Eisenbahnzeit“ ist? Oder welche Stadt als zeitlicher Mittelpunkt der Welt gilt? Wer sich Zeit nimmt und das neue extra-Heft liest, weiß mehr über Zeit.



Der Mainzer Uhrmachermeister Peter-Jesko Buse hat die Zeit genau im Blick. Foto: Kopp

Letzte Hoffnung Westküste

NÜRBURGRING US-Bank soll nun Freizeitzentrum in der Eifel finanzieren

Von
Markus Lachmann

MAINZ. Wieder einmal bemühte der rheinland-pfälzische Finanzminister die Sprache der Verkehrspolizisten: Alle Ampeln bei der Finanzierung des Nürburgring-Ausbaustrüben auf Grün, sagte Ingolf Deubel (SPD) gestern in der Sondersitzung des Haushaltsausschusses in Mainz.

Nachdem sich die Liechtensteinische Landesbank (LLB) aus dem Projekt zurückgezogen hat, soll es nun eine Bank von der amerikanischen Westküste richten. Den genauen Namen will Deubel nicht nennen: Sei doch die LLB abgesprungen, weil „sie in Gazetten in Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten“ genannt worden sei. Die Liechtensteiner, so der Minister, seien um ihre Reputation bei dem 250-Millionen-Projekt besorgt gewesen – deshalb das Aus.

Nun soll der Finanzdienstleister IPC/Pinebeck das Geschäft mit besagter US-Bank abwickeln. Geplant ist, dass Pinebeck für 170 Millionen Euro Immobilien von der Nür-

burgring GmbH kauft; diese will die Immobilien dann zurückmieten. Zusätzlich sollte ein Ertragsanteil von 30 Millionen aus einem 1,2-Milliarden-Dollar-Geschäft mit US-Lebensversicherungen Euro fließen. Obwohl, wie Deubel sagt, nun „alle Ampeln auf Grün“ stehen, ist immer noch kein Cent geflossen – aufgrund des Bankwechsels müssten Verträge umgeschrieben und notariell beurkundet werden. „Da wird noch ganz heftig gearbeitet“, informierte Deubel. Er ist überzeugt, dass die Finanzierung in den nächsten Tagen zustande kommt. Dennoch nannte der Minister – wieder einmal – eine letzte Frist, bis zu der das Geschäft klappen soll: Wenn bis kommenden Dienstag kein Geld transferiert sei, werde sich das Land, das zu 90 Prozent an der Nürburgring GmbH beteiligt ist, für eine Standardfinanzierung entscheiden – sprich: Dann nimmt die GmbH einen Kredit auf, und das Land sichert dies mit einer Bürgschaft ab.

Dann sollen auch die 95 Millionen Euro Bardepot wieder zurück zur Nürburgring GmbH fließen. Diese Summe hatte die Landesgesellschaft auf ein Schweizer Konto einzahlen müssen, als Beweis, dass sie zahlungsfähig ist. Die Opposition bleibt skeptisch. CDU-Fraktionschef Christian Baldauf platzte regelrecht der Kragen. „Wir machen das jetzt seit August mit“, so Baldauf, und deutete Rücktrittsbedingungen an: „Wenn das Geld bis Dienstag nicht da ist, reicht es uns mit Ihnen.“



In Erläuterung: Der Mainzer Minister Deubel. Archivfoto: dpa

Pferdejagd auf der Autobahn

LIMBURG (dpa). Drei ausgebrochene Pferde auf der Autobahn A 3 bei Limburg haben gestern Morgen die Polizei in Atem gehalten. Die Tiere waren am Elzer Berg auf die Autobahn geraten, die deshalb im morgendlichen Berufsverkehr Richtung Frankfurt gesperrt werden musste. Ein Streifenwagen der Polizeiautobahnstation Montabaur nahm die Verfolgung auf. „Da aber Pferde bekanntermaßen Fluchttiere sind, nahmen sie vor dem Streifenwagen Reißaus und flüchteten auf der Fahrbahn in Richtung der Tank- und Rastanlage Limburg-Nord“, hieß es im Polizeibericht.

Deshalb schickte die Polizei den Pferden einen weiteren Streifenwagen aus Richtung Wiesbaden entgegen. Schließlich bogen die eingekesselten Tiere auf den Rastplatz ab, wo sie eingefangen wurden. Nach einer Stunde war die Autobahn wieder frei, der sechs Kilometer lange Stau löste sich auf.

„Armut in Deutschland nimmt zu“

KONGRESS Städte sind laut Experte finanziell unzureichend gerüstet

DARMSTADT (dpa). Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Wohn-Ghettos: Fachleute aus Wissenschaft und Politik sehen die Kommunen vor enormen Herausforderungen. „Die Armut in Deutschland nimmt zu“, sagte Prof. Walter Hanesch von der Hochschule Darmstadt gestern bei einem bundesweiten Kongress zu sozialen

Spannungen in Darmstadt, der noch bis heute geht. Für den Kampf gegen diese Mammutaufgabe seien die Städte finanziell unzureichend gerüstet, sie bräuchten dringend mehr Geld. Tagungsleiter Hanesch warnte davor, das Thema auf die leichte Schulter zu nehmen. Darmstadts Oberbürgermeister Walter Hoffmann sieht die

Kommunen vom Fachlichen her zu einer Bekämpfung der Armut durchaus in der Lage. „Dies kann am besten von den Kommunen vor Ort geleistet werden.“ Sie spielten „im modernen Wohlfahrtsstaat des 21. Jahrhunderts mehr denn je eine Rolle“. Dafür bräuchten sie aber „eine spezielle finanzielle Ausstattung“, mahnte Hoff-

mann. Da müssten „beträchtliche Summen gestemmt werden“. Der Handlungsbedarf sei groß. Der „Armutsbericht“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zeige: „Es ist 5 vor 12.“ Nach Angaben des statistischen Landesamtes liegt Hessen beim Armutsrisiko im bundesweiten Vergleich an drittlatter Stelle.